



Josef Göppel MdB

**Stabilitätshilfe zugunsten Griechenlands**

hier:

**Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Deutschen Bundestages, der Hellenischen Republik Stabilitätshilfe in Form einer Finanzhilfefazilität zu gewähren sowie zur Vereinbarung über ein Memorandum of Understanding zwischen der Hellenischen Republik und dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)  
Drs. 18/5780**

**Erklärung zur Abstimmung nach § 31 der Geschäftsordnung  
des Bundestages**

**19. August 2015**

Ich werde einem zustimmenden Beschluss zu einer Stabilitätshilfe für auf Drucksache 18/5780 nicht zustimmen.

Begründung:

Nach zwei gescheiterten Rettungsversuchen für Griechenland, die im Wesentlichen alte Schulden mit neuen Krediten tilgten, wird ein **drittes Programm nach der gleichen Methode** nicht erfolgreicher sein können. Weniger als ein Viertel sollen für Investitionshilfen zur Verfügung stehen, der Großteil geht sofort wieder an internationale Gläubiger zurück. In Wirklichkeit ist das ein **Gläubigerschutzprogramm**.

Hier zeigt sich sehr klar das **Grundproblem des Euro**. Eine gemeinsame Währung erfordert eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik. Das bedeutet einen **Finanzausgleich ohne Rückzahlungspflicht**, wie er zwischen deutschen Bundesländern besteht. Das müssen wir unserer Bevölkerung dann aber offen sagen!

Solange der Euro ein **Währungsverbund wirtschaftsautonomer Mitgliedsstaaten** bleibt, muss die Möglichkeit bestehen, große ökonomische Unterschiede auch mit Hilfe des zeitweisen Umstiegs auf eine **Regionalwährung** zu überbrücken.

Mit dem **traditionellen Mittel der Währungskorrektur** kann Griechenland seine Überschuldung abbauen und anschließend mit einem neuen Ausgangswert wieder in den Euro einsteigen.

Deshalb unterstütze ich den Vorschlag für eine **begleitete Unterbrechung der Eurozugehörigkeit**. Während dieser Zeit stehen Griechenland alle Investitionsprogramme und sozialen Gemeinschaftshilfen der EU offen. Sie kommen der griechischen Bevölkerung und ihrer Volkswirtschaft im Gegensatz zu den bisherigen Umschuldungsprogrammen tatsächlich und unmittelbar zugute.

Das aktuelle Programm ist auch deswegen auf Sand gebaut, weil die **erwarteten Privatisierungserlöse mit Notverkäufen nicht zu erzielen sind**. Schon beim 2. Hilfsprogramm wurden **50 Mrd. €** aus Privatisierungen angesetzt, eingegangen sind aber nur **2,6 Mrd. €**! Ich kann auch nicht akzeptieren, dass nach wie vor die Privatisierung des Trinkwassers verlangt wird, die wir in Deutschland strikt ablehnen.

Wir brauchen eine **Richtungsentscheidung über den Charakter der Europäischen Union** und eine **wirksame Einbindung der Finanzmärkte über die Finanztransaktionssteuer**. Letztlich haben die aufgeblähten Schuldenstände ihre Ursache im überbordenden Finanzsektor, der inzwischen das 90-fache Volumen der Realwirtschaft erreicht hat.



MdB Josef Göppel